

Forschungsinstitut Weltwirtschaft und Weltpolitik

S. Yuriy, W. Trillenberg, E. Savelyev u.a.

# **World Economy**

## **- Problems and Processes -**

Berlin 2010

# **World Economy - Problems and Processes -**

Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung  
Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V.

Reihe: „Europäische Integration. Grundfragen der Theorie und Politik“, Nr. 24/2010

ISSN 1021-1993

Redaktionsschluss: 10.06.2010

Herausgeber:

Prof.Dr.habil., Dr.sc., Dr.h.c. Karl Heinz Domdey

Direktor des Forschungsinstitutes und Sprecher des Präsidiums der IWVWW e.V.

Waltersdorfer Str. 51

12526 Berlin

Telefon: (+49) 030 676 89855, (+49) 030 676 3387

Fax: (+49) 030 676 3387

E-mail: [IWVWW@t-online.de](mailto:IWVWW@t-online.de)

Internet: <http://www.iwvww.de>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Eine Verbreitung bzw. Vervielfältigung ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Institutes gestattet.

Bezug über:

Forschungsinstitut der IWVWW e.V., Waltersdorfer Str. 51, 12526 Berlin

Fax: (+49) 030 / 676 33 87,

E-mail: [IWVWW@t-online.de](mailto:IWVWW@t-online.de)

Tel. (+49) 030 / 676 33 87, 676 898 55

Schutzgebühr: 28,00

Printed in Ukraine, Ternopil

# Inhaltsverzeichnis

Nicholas Tsounis	Determinants of Regional Competitiveness in Greece	1-16
Vera Kuzenko Galyna Trillenberg	Entwicklungsstrategie für Bildungsdienstleistungen im Kontext der Erfordernisse einer sich verändernden Wirtschaft	17-28
C.S. Sundaresan	Policy Dynamics and Competitive Advantage: Quiet Revolution in Indian Agriculture	29-48
Sofia Anwar Fauzia Shaukat Zakir Hussain	Effect of Agricultural and Financial sector reforms on export of cotton lint from Pakistan	49-62
Vasil Brych	Arbeitsressourcen unter den Bedingungen der Eigentumstransformation in ländlichen Gebieten	63-68
Ali Emami Meibodi Syed Shabber Ali	Oil and Natural Gas Pipelines to Europe	69-86
Michailo Romanjuk Taras Romanjuk	Ukraine und der europäische Migrationsraum: Probleme der Teilnahme und der Regulierung	87-94
Alla Melnyk	Nationale und supranationale Institute in der modernen Welt: Dialektik der Wechselbeziehungen	95-104
Serhe Yuriy Yevhen Savelyev	Formation of a new global economic order: scientific and practical approaches	105-115
Vitalina Kurylyak	Global economy in 21 century: estimations and tendencies	116-144
Wilfried Trillenberg	Polnisch-Ukrainisches Galizien – ein Jahrtausend Schlachtfeld für Kämpfe umliegender Mächte	145-163
Olga Rozanova	Strategic rationale for having overconfident managers. General case	164-171

Iryna Morkva	Zu einigen Aspekten des Rezessionsprozesses in der Weltwirtschaft	172-193
B.L. Mathur Reeta Mathur	Accountability and Autonomy Relationship in Central Public Sector Enterprises (CPSEs) in India through Memorandum of Understanding (MOUs)	194-212
Kausik Gupta	Pollution Control and Welfare in General Equilibrium: Is there a Tradeoff between Tax and Standard?	213-225
Andriy Krysovaty	Fiskalparadigma für die Effizienz der Umverteilungsprozesse während der Rezessionsphase	226-234
Aspasia Vlachvei Ourania Notta Stamatia Demiri	Competitive Strategies and Business Performance: Evidence fom Greeek fur Industry	235-246
Natalya Tarnavska	Die Rolle von überstaatlichen Institutionen bei der Regulierung des globalen Kunkurrenzmilieus: Aussichten für die Ukraine	247-261
Maryana Hladych	Voraussetzungen für die Bildung eines „maritimen Clusters“ in der Ukraine	262-267
Simona Ghita Cristina Boboc Vergil Voineagu	Interrelations between Family Behavior and Women' Situation on Labor Market, in Romania and other European Countries - an Econometric Approach	268-278
Iryna Biletska	Zustand und Perspektiven des Schloss - Tourismus in der Ukraine	279-288
Iryna Kravhcuk	The Present State and Prospects of the Development of Ukrian's Securities Market under the Conditions of its Integration into the World Securities Market	289-296
<b>Autorenverzeichnis</b>		297-299

## Vorbemerkungen

In „World Economy - Problems and Processes“ werden in 22 Beiträgen Resultate europäischer Forschungszusammenarbeit durch Autoren aus Griechenland, Ukraine, Deutschland, Rumänien, Russische Föderation, Indien, Pakistan, Iran in der durch die Autoren gewählten Sprache (Deutsch oder Englisch) dargestellt. Die Beiträge befassen sich mit Forschungsergebnissen zu globalen Prozessen in nationalen und internationalen Räumen. Geografische Schwerpunkte der Betrachtungen liegen in Europa und Asien.

Die Publikation der Beiträge erfolgt durch das Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V. Berlin in seiner Schriftenreihe „Europäische Integration. Grundfragen der Theorie und Politik“ Band 24 auf der Grundlage des im Dezember 2008 geschlossenen Vertrages über Partnerschaft und Zusammenarbeit auf dem Gebiet wissenschaftlicher Forschungen und Veröffentlichungen zwischen dem Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V. Berlin und der Nationalen Wirtschaftsuniversität Ternopil (Ukraine). Mit dem vorliegenden Band wird die dritte Publikation nach 2008 (Band 15: Östliches Europa und Visionen paneuropäischer Entwicklung) und Frühjahr 2010 (Band 19; Dynamische Prozesse in der europäischen Wirtschaftslandschaft) im Rahmen dieser Vereinbarung vorgelegt.

Für seine hilfreiche Unterstützung und Beratung sei an dieser Stelle Dank gesagt an den Herausgeber der Schriftenreihe und Direktor des Forschungsinstituts, Prof. Dr. habil, Dr. sc., Dr. h.c. Karl Heinz Domdey, Berlin.

Für die inhaltliche und sprachliche Qualität der Darstellungen sind die Autoren verantwortlich. Redaktionelle Veränderungen waren nur soweit vorgenommen, wie es für die technische Gestaltung des Bandes erforderlich war.

Redaktionsleitung – Wilfried Trillenber

Berlin und Ternopil, den 10. Juni 2010

**Andriy Krysovaty**

## **Fiskalparadigma für die Effizienz der Umverteilungsprozesse während der Rezessionsphase**

Eine Wirtschaftskrise ist immer ein Impuls für ein neues Verständnis der Rolle des Staats in der Regelung sozialer und wirtschaftlicher Prozesse und der Fiskalinstrumente, die dieser nutzt. Während der Rezessionsphase ist es leichter eine Gesellschaft von den Zielen steuerlicher Systemreformen zu überzeugen, als die Beziehung zu den Grundsätzen der Steuerpolitik während günstiger Konjunkturphasen zu revidieren. Für die Ukraine ist es wichtig, auf dem optimalen Transformationsweg der Besteuerung zu bleiben, da es keine Chance mehr gibt, einen Fehler zuzulassen.

Während die Mehrheit der postsozialistischen Länder, und heutigen EU-Mitgliedstaaten bis 2008 ihr BIP im Bezug auf das Jahr 1990 verdoppelt haben, vermag die Ukraine noch nicht mal das Produktionsvolumen Ende der 80-er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu erreichen. Während Slowenien den Entwicklungsstand der am schwächsten entwickelten Länder in Westeuropa wie Portugal, Griechenland oder Spanien erreicht hat, betrug das BIP pro Person in der Ukraine im Jahre 2007 nur 42,6 % zu den vergleichbaren Parametern in Poland (25,6% von Slowenien). Es ist schwer die Schrumpfungsangaben des BIP um 10 % in Estland im ersten Halbjahr des Jahres 2009 (bei dem um 29,4 % höheren BIP pro Person, als in Poland) mit den Schrumpfungsdaten des Produktionsvolumens um 20 % in der Ukraine gleichzusetzen. Das heißt, dass unter den Umständen der Verwandlung der Ukraine in einen depressiven Standort von Europa, auch die nachhaltige Reduktion der Finanzressourcen für Systemreformen, die Ukraine überhaupt als einen Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft in näherer Zeit auszuschließen sein dürfte. Es entsteht die Frage: Was taugen dann für die Perspektive die in letzter Zeit beobachteten hohen Steigerungsraten des BIP beim Fehlen von pragmatischen staatlichen Grundsätzen hinsichtlich der Entwicklung des sozialen und wirtschaftlichen Systems der Ukraine? Beahlt die ukrainische Gesellschaft etwa nicht einen viel zu hohen Preis für eine weit von der Optimalität entfernten Wirtschafts- und Steuerpolitik?

Zugleich liegt hier wohl das größte Problem in der Suche nach einem fiskalischen Optimum, bei dem progressive soziale und wirtschaftliche Transformationen machbar sind. Heute kann man in der wissenschaftlichen Literatur etliche Publikationen hinsichtlich steuerlicher Aspekte der Krisenbewältigung in der Ukraine ausfindig machen und jeder der Aspekte hat einen rationellen Kern. Von anderer Seite haben die meisten Empfehlungen einen fragmentarischen Charakter und die Suche nach optimalen Parametern des Steuersystems setzt das

Vorhandensein einer komplexen Vision notwendiger sozialer und wirtschaftlicher Reformen und fiskalischer Instrumente voraus, die ihre Realisierung sicherstellen. Ohne diese Sicht, die auf Grundlage heutiger wirtschaftlicher und institutioneller Realien aufgebaut ist, ähneln alle Transformationen einer Reise ohne Reiseziel.<sup>9</sup> Es ist wichtig die reale Möglichkeit zur Ausnutzung der Steuerinstrumente zu begreifen, aber sich nicht über illusorische „positive Schocks“ des nächsten Steuerwandels zu trösten. Die Effizienz der Steuerpolitik hängt in erster Linie von der Reaktion der Marktsubjekte ab, denn man kann nicht den fiskalischen Effekt steuerlicher Neuregelung berechnen, wo als Konstante die Wirtschaftsstrategie der Steuerzahler genommen wird. Es ist noch schwieriger, eine gesellschaftliche Bewertung der realen Wirtschafts- und Fiskalfolgen der Systemtransformationen des Steuersystems zu prognostizieren, obwohl es keinen Grund gibt, auf diese zu verzichten, weil sonst die Rezession verschleppt wird und soziale und wirtschaftliche Disproportionen vertieft werden können. Das sieht so aus, als ob Reformatoren ein Schachspiel vorhätten, wo die Strategie des Spiels und alle Sätze gut im voraus durchgedacht seien, ohne dass die Parteien das Recht hätten zu verlieren.

Aber welche Strategie ist besser: das Umverteilungsniveau vom BIP zu senken oder die Akkumulation und Nutzung der Steuereinnahmen zu optimieren? Es scheint denn, dass die Reduzierung steuerlicher Belastung die Unternehmensinitiative fördern und also das Wachstum des BIP-Volumens erneuern sollte. Gleichzeitig ist es logisch, dass die Rolle des Staates in einer Transformationswirtschaft nicht nur sinken soll, sie soll aktiver, als in einem formierten Wirtschaftssystem sein. Die Hauptaufgaben des Staates sind wie folgt:

- 1) Ausarbeitung der Spielregel und Realisierung der gesamt-nationalen Interessen im Gegensatz zu den engen kooperativen Interessen;
- 2) Bestimmung der strategischen Entwicklungsprioritäten angesichts des Übergangs zu den Investitions- und Innovationsmodellen der Entwicklung;
- 3) Formierung wirtschaftlicher Motivierungsmechanismen für die Motivierung der Wirtschaftssubjekte zur Umverteilung der Ressourcen in bestimmte Wirtschaftszweige;
- 4) Ausarbeitung und Realisierung einer langfristigen Strategie für Bildung und Nutzung des menschlichen Potentials. Das fordert bestimmte Strukturänderungen der Budgetausgaben.<sup>10</sup>

Außerdem soll während einer Rezessionsphase eine Hilfe (z.B. Reduzierung der Steuerbelastung, Zuschüsse, staatliche Garantien) ausschliesslich nur für die Unternehmen mit temporären Schwierigkeiten geleistet werden, die dabei als zahlungsfähig gelten. Die Erfahrung zeigt uns, dass staatliche Unterstützung der

<sup>9</sup> Kolodko H. Institute, Politik und Wirtschaftswachstum// Wirtschaftsfragen/- 2004.- №7.- Seite 50

<sup>10</sup> Verheles T. Staat in einer Transformationswirtschaft: Theorien und Realien// Welt der Finanzen.- 2009.-Ausgabe 1 (18).-Seite 14.

Marktsubjekte ohne Inbetrachtziehung ihrer Bilanz den Austritt aus der Wirtschaftskrise nicht beschleunigt und ihre Folgen nicht mildert. Im Gegensatz vermehrt diese Politik die Ausgaben in der laufenden Krise und da erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Entstehung einer neuen Krise in der Zukunft, da diese die Stimuli der Wirtschaftssubjekte zu einer effizienten Wirtschaftsführung und einer realistischen Einschätzung aller Risiken<sup>11</sup> beeinträchtigt. Dies alles zeugt von dem Irrtum der Idee eines bedeutenden Abbaus der Steuersätze und Steuerzahlungen im Allgemeinen und das beweist auch die Notwendigkeit der Optimierung der Budgetausgaben ohne eine wesentliche Reduzierung ihres vor der Krisenzeit vorhandenen Volumens.

Bei der Berücksichtigung der Nutzungsbereiche der Steuereinnahmen müssen wir die Zunahme eines sozialen Bestandteiles der Funktion eines Staates durch die Begrenzung der Finanzierung der Strukturreformen abwägen (die Bestrebungen alle laufenden Sozialprobleme kurzerhand zu lösen, können in sozialen Kataklismen der Zukunft resultieren). Außerdem kann eine große Renten- und Lohnerhöhung im Budgetbereich die Inflation verschärfen, die neben dem Einfluss auf Realeinkommen aller Marktteilnehmer die Kreditierung der Banken erheblich teurer macht. Also, Neigung zum Populismus lässt viele leiden – sowohl die heutige Generationen, als auch deren Nachkommen.

Wir halten auch die maßlose „Aufblähung der Sozialkosten“ des Budgets 2009 für sehr gefährlich. Dabei liegt eine grosse Gefahr für die Ukraine in den Versuchen, alle Fiskallücken auf Kosten der Erhöhung der Steuerbelastung (mehrfache Steigerung von Verbrauchsabgaben, Kraftfahrzeugsteuer und der Einheitssteuer, Einleitung einer Einfuhrsteuer mit dem Steuersatz 13 %), auch Verschärfung des Druckes auf Steuerzahler seitens der Fiskalgremien (das heißt, Gelderpressung) zu verstopfen. Solche Initiativen können eine neue Krisenverschärfung auslösen.

Wie bekannt, begleiten die Krisenerscheinungen der Wirtschaft auch Fiskalverluste, was dazu zwingt, nach Wegen der Verbesserung der Effizienz der Umverteilungsprozesse zu suchen. Aber das gibt uns keinen Anlass zur Realisierung der in der Eile zusammen gefuschten Fiskalexperimente, die keiner Kritik standhalten. Im Gegenteil soll die Krise zu solchen Steuerentscheidungen veranlassen, die auf einer zuverlässigen theoretischen Grundlage beruhen. Man kann gewissermaßen die Sätze von wenig bedeutenden Fiskalsteuern und den Steuerzahlungen erhöhen, die im Laufe der letzten Jahre nicht in Betracht gezogen

<sup>11</sup> Claessens S., Klingebiel D., Laeven L. Crisis Revolution, Policies and Institutions: Empirical Evidence// Systemic Financial Crises: Containment and Resolution. N.Y. : Cambridge University Press, 2005; Honohan P., Klingebiel D. The fiscal Cost Implications of an Accomodating Approach to Banking Crises//Journal of Banking and Finance. 2003. Vol. 27

waren. Aber dabei darf man über die Transformationsmöglichkeiten die grundsätzlichen Budgetsteuern nicht vergessen. Zur Zeit muss man beachten, dass die proportionale Besteuerung der physischen Personen in der Ukraine ganz gut eine Funktion der Subsidierung aus der Gesellschaft, auch Importstimulierung<sup>12</sup> erfüllt. Im Jahr 2007 hat sie kaum einmal den Effizienzstand der progressiven Besteuerung der Bürgereinnahmen von 2003 erreicht (vor der Reform). Diese Situation lässt sich kaum durch die Einführung einer Immobiliensteuer für physische Personen mit den hohen Steuersätzen für ganz exklusive Immobilienegegenstände ändern (Bescheinigung über Eigentumsrecht auf ganz teure Immobilien garantiert keinesfalls, dass ihr Besitzer eine beständige Geschäftstätigkeit betreibt).

Unseres Ermessens, benötigen wir in der Ukraine einen den Sozial- und Wirtschaftsverhältnissen entsprechenden progressiven Mechanismus der Steuererhebung für Einnahmen der physischen Personen mit 2 oder 3 Sätzen<sup>13</sup>. Die Besteuerung der Immobilien der Bürger soll gemäss gemässigten Differenzierungssätzen<sup>14</sup> verlaufen. Diese fiskalischen Initiativen werden dem Prinzip des Ausbaus des sozial gerechten Steuersystems entsprechen und gewähren uns die Möglichkeit, auch zusätzliche Einnahmen zum Budget des nächsten Jahres zu erhalten. Dabei wäre es zielgemäß auf Rechnung dieser Kosten die „Entwicklungskosten“ des Budgets zu finanzieren. Was die Möglichkeit anbetrifft in der nächsten Zukunft die Fiskalverluste zu kompensieren, soll man da die Grundsätze der Verwaltung der MWS ändern (siehe § 4.2).

Außerdem ist klar, dass die ukrainische Steuerpolitik während der Rezessionsperiode als Instrument zur Stimulierung der Unternehmertätigkeit und als Schlüsselement der Strategie einer umfangreichen Bekämpfung der Schattenwirtschaft in den Wirtschaftsbeziehungen auftreten soll. Eben heute ist es notwendig einen grossen Wert darauf zu legen, dass die Schattenwirtschaft einerseits die Konkurrenzbedingungen für Bürger, die das Gesetz achten, beeinträchtigt. Von anderer Seite löst diese fiskalische Verluste aus. Und je größer der Anteil einer Schattenwirtschaft in den Wirtschaftsbeziehungen vorhanden ist, um so grösser sind die Disproportionen des Sozial- und Wirtschaftssystems, auch bei der Umverteilung des BIP.

Ein bedeutender Schattenwirtschaftssektor bremst den Zufluss der Investitionen in die ukrainische Wirtschaft, die mit dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt fest zusammenhängen. Es ist so, dass vor allem ausländische Firmen, die entsprechende Kapitalressourcen besitzen, und damit in die progressiven

<sup>12</sup> Relativ wohl gesicherte Bürger schaffen die Nachfrage für teure Auslandsware.

<sup>13</sup> Mit einem ermässigten Maximalsatz, um wiederum keine Möglichkeiten der Schatteneinnahmen zu provozieren.

<sup>14</sup> Nach der Krisenbewältigung könnte man diese erhöhen

Technologien investieren können, auch die notwendigen Erfahrungen zur Einführung der Innovationen in die Produktion haben. Und solche Investoren sind gewohnt ihre Geschäfte unter ganz anderen Wirtschafts- und Investitionsverhältnissen zu führen. Diese mögen einfach keine Risiken einer Schattenwirtschaft, die ihnen nicht verständlich sind. Obwohl hierzulande große Geschäftsleute über ganz grosses Kapital verfügen, so zögern sie doch mit Investitionen in den riskanten Innovationssektor. Nur ganz grosse Betriebe der Basisbranchen<sup>15</sup> der Wirtschaft haben die Möglichkeit ganz legal zu funktionieren, ohne sich Gedanken über Konkurrenzpositionen zu machen, die sich auch ab und zu die „Steuerermäßigungen erwerben“. Die Vertreter kleiner und mittlerer Unternehmen müssen die „schwarzen Wirtschaftsschemen“ ausnutzen um in diesem grausamen Schattenwirtschaftsumfeld zu überleben. Die untergeordneten Abteilungen der Steuergremien finden es vorteilhaft die Schattenwirtschaft der Kleinbetriebe zu fördern und die Beamten mittlerer Abteilungen bekommen dann „Profit“ aus der Zusammenarbeit mit größeren Betrieben.

Gleichzeitig entgehen dem Staat grosse Volumina der Steuereinnahmen, es mangelt von Jahr zu Jahr an Finanzressourcen für die Finanzierung aller notwendigen laufenden Sozialkosten, geschweige denn für die Finanzierung der Maßnahmen der Wirtschafts- und Transformationstätigkeit. Die Ukraine bewegt sich nachhaltig zusammen mit der Aufbewahrung der veralteten Branchenstruktur der Wirtschaft in Richtung des infrastrukturellen Kollapses, auch in Richtung mächtiger Sozialkataklismen, die nur durch Sozialpopulismus gestundet werden. Ausserdem lassen sich in der nächsten Zukunft die Nachfolgen elender Kampfbereitschaft der Militärstreitkräfte, Verschlechterung des Bildungsstandes, Mangel an Gelehrten etc. verspüren.

Es gibt noch einen Problemaspekt. Um die Schattenwirtschaft wirtschaftlich uninteressant für die Geschäftsleute zu machen, muss man (bei dem hohen Entwicklungsstand der ukrainischen Korruption) den Umverteilungsgrad des BIP<sup>16</sup> wesentlich abbauen. Man muss auch mit dem Verhalten bei absoluter Strafflosigkeit der Steuerzahler für verübte steuerliche Verstöße rechnen: wozu auch mehr zahlen?

Aber wenn wir das Problem der schattenartigen Handlungen des Marktsubjekts in einem breiteren Aspekt in Betracht ziehen, können wir folgendes beobachten: 1) es besteht als Minimum eine hypothetische Wahrscheinlichkeit für die Entdeckung der von den Steuergremien begangenen Missbräuche mit ihren negativen Auswirkungen (zum Beispiel, im Falle einer „politischen Bestellung“);

<sup>15</sup> Heutzutage sind sie gezwungen die Produktion zu modernisieren und energiesparende Technologien einzuführen.

<sup>16</sup> Vyshnevskyy V, Vetkin A. Ablehnung von der Steuerzahlung: Modellierung der Auswahl und der Handlungen der Wirtschaftssubjekte// Wirtschaft der Ukraine.-2004.-№ 1.

Verheimlichung der Besteuerung eines Teiles der Einnahmen beschränkt die Möglichkeiten für die Kapitalisierung des Geschäfts (das gilt vor allem für die Möglichkeit der Kreditaufnahme in den Kommerzbanken); 2) viele Verletzungen steuerlicher Gesetzgebung passieren in erster Linie nicht wegen des fiskalischen Nihilismus des Steuerzahlers, aber zwecks „Überleben“ in einem grausamen Wettbewerbsumfeld.<sup>17</sup> Daraus resultiert, dass man mit erheblicher Schattenwirtschaft der Wirtschaftsbeziehungen kämpfen kann, wenn man die richtigen Akzente in diesem Kampf setzt (mit Zuckerbrot und Peitsche). Dabei ist es zielgemäss durch die Schrumpfung der Steuerbürde nicht das Unternehmertum selbst zu stimulieren, sondern die Entscheidungen der Marktsubjekte hinsichtlich ihrer Kapitalanlagen.

Es ist heutzutage wichtig, dass die Liberalisierung der Gewinnbesteuerung nicht den Verbrauch der Kosten und die Erhaltung aller Unternehmen zum Überleben stimuliert, sondern die Investitionen in die Produktionsbranche. Wir haben neue steuerliche Regelungshebel zur Stimulierung erneuerbarer Prozesse auf der Innovations- und Investitionsbasis zu suchen. Annehmbar sind auch für die Ukraine die Steuermechanismen für die Stimulierung der Investitionen im Innovationssektor und auch in ökologische (energiesparende) Technologien in Form einer Schnellamortisierung und Reduzierung des zu besteuernenden Gewinnes, wie dies in der EU umgesetzt wird.

Was die Möglichkeit eines allgemeinen Abbaus der Steuersätze anbetrifft, muss man eher, unseres Ermessens, die Belastung der Sozialausgaben der Marktsubjekte – Arbeitsgeber reduzieren und eine einheitliche Sozialabgabe einführen. Für die Beseitigung der fiskalischen Missbräuche der Kleinunternehmen muss man dringend eine Revision der Grundlagen der Gesetzgebung ihrer Funktion durchführen.

Wir betonen nochmals, im Kampf mit der Schattenwirtschaft sind Systementscheidungen unausweichlich. Die Steuerpolitik soll als Optimierung der Parameter und Steuermechanismen (Einführung des legalen Unternehmertums), auch Vereinfachung und Automatisierung steuerlicher Administration, Verwendung der Antikorruptionsmaßnahmen und Erhöhung der Strafsanktionen für die Verletzung steuerlicher Gesetzgebung vorhersehen, dann ist die Steuerhinterziehung nicht möglich. Außerdem müssen die Steuerzahler die Überzeugung erhalten, dass der Staat „das von ihnen schwer verdientes Geld nicht vergeudet“. Es ist notwendig

<sup>17</sup> Radayev V. Russisches Geschäft : auf dem Wege zur Legalisierung?// Wirtschaftsfragen.-2002.№ 2.-S.75-78

die positive Präzedenz der Transformation der Besteuerung „zum Erwachen des fiskalischen Bewusstseins“ zu schaffen.<sup>18</sup>

Tatsächlich kann die Realisierung der optimalen Wirtschafts- und Steuerpolitik an „die Klippenketten stoßen“, die von den Realien der Wirtschaftsführung bedingt werden.

Unter Verhältnissen des BIP-Anstiegs wird in den Ländern mit der Transformationswirtschaft eine Illusion geschaffen, dass das Steuersystem dem wirtschaftlichen und institutionellen Sektor adäquat wäre und ausschliesslich nur liberale Steuerreformen zur Besserung der Wirtschaftsentwicklungsrate beitragen könnten. Dabei wird der Ausbau der Besteuerungsbasis als finanzielle Grundlage für die Lösung aller Sozials- und Strukturprobleme auftreten (in der Perspektive). Aber in der Tat ist das Potenzial des Wirtschaftswachstums, der Erhaltung eines übermässigen Sozialsektors, einer ziemlich bedeutenden Schattenwirtschaft, ungenügender Finanzierung der Erneuerung von Infrastruktur und der wissenschaftlichen Forschungen sehr beschränkt. Die Spannung durch die Vertiefung der Disproportionen des Sozial- und Wirtschaftssystems verschärft die Bedrohung radikaler Stimmungen in der Gesellschaft. Deswegen sind die Länder, die keine optimale Bilanz zwischen wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der Fiskalregelung finden, bei bestimmter Konjunkturabschwächung der Weltwirtschaft sehr betroffen und riskieren es als „Opfer der Sozialproteste“ abzufallen.

Ebenso ist es in der Ukraine passiert. In den Jahren 2000-2004 waren die Hauptpräferenzen ihrer Besteuerungspolitik eine allmähliche Liberalisierung des Steuersystems bei der Beseitigung der am meist bedrohenden für den Fiskus Möglichkeiten der Steuerzahler für die Steuerhinterziehung (das war nur eine vorübergehende Verbesserung des Steuerumfelds auf Kosten der BIP-Anstiegsrate und geringer Fortschritte bei der Vervollkommnung der Besteuerungsmechanismen und der Prinzipien der Steueradministrierung). Im Jahr 2005 wurde die Strategie minimaler Transformationen gegen Politik radikaler Steuerreformen ausgetauscht. Die Beseitigung grösster Disproportionen des Steuersystems wurde von Versuchen begleitet die Korruption in den Fiskalgremien durch die Gewaltmethoden niederzukämpfen. Die zusätzlich akkumulierten Steuereinnahmen wurden zur Erhöhung der Sozialausgaben des Budgets (bei der Abbremsung der Steigerung des BIP) ausgerichtet. Die Jahre 2006 bis 2008 waren durch die Erneuerung der dynamischen Wirtschaftsentwicklung bei relativ stabiler Besteuerung gekennzeichnet. Unter den Umständen der Konjunkturabschwächung 2009 gibt es Versuche einer permanenten Erhöhung der Steuerbelastung. Diese sind von den

<sup>18</sup> Kuzminov J, Radayev V, Yakovlev A, Yasin E. Institute : vom Darlehen zur Zuechtung (Erfahrung der russischen Reformen und Möglichkeiten für Kultivierung der institutionellen Änderungen)// Wirtschaftsfragen.- 2005.- № 5.- S.24.

„populistischen“ Wünschen bedingt, die sozialen Ausgaben des Staates nicht in Betracht zu ziehen.

Der oben genannten Information können wir entnehmen, dass in der Ukraine auch heutzutage eher widerspruchsvolle systemlose Fiskalentscheidungen getroffen werden und dies ereignet sich ihrerseits sehr paradoxal: Radikalreformen werden durch die Versuche ausgetauscht, die erreichte (noch nicht optimale) Stabilität zu erhalten. Falls postsozialistische Länder der EU ihre Fiskalregelung transformieren (obwohl manchmal auch nicht fehlerlos), fällt die Ukraine von einem Extrem in das andere, dass wiederum das Potenzial für den BIP-Anstieg in der Perspektive einschränkt. Sogar gut auffallende Fehlkalkulationen des Jahres 2005<sup>19</sup> bei der Erhöhung des Besteuerungssatzes haben nicht einmal die Grundsätze der Transformation des nationalen Steuersystems der Ukraine geändert. Die Reformatoren scheinen sowohl Postulate als auch Resultate der neuesten Forschungen der Wirtschaftswissenschaften, auch progressive Welterfahrung für die Erhöhung der Effizienz der Umverteilungsprozesse zu ignorieren.

Heutzutage sind zahlreiche wissenschaftliche Werke zu den Fragen des temporären Aspektes der Fiskalreformen veröffentlicht. J. Balatskyy hat beispielsweise bewiesen, dass die Steuerzahler sowohl radikale Änderungen durch Steuerreformen (sogar im Falle der Reduzierung von Steuerbelastungen), als auch den erheblichen Konservatismus bei den Regelungen des Steuerbereiches negativ wahrnehmen. Dabei treten im ersten Falle der Unternehmertätigkeit und des Wirtschaftswachstums solche stimullese Faktoren auf, wie beschränkte Möglichkeiten für die Ausarbeitung der Geschäftsstrategie. Im zweiten Falle kann man das als Mangel an Erwartungen für die Besserung des Steuerumfeldes bezeichnen.<sup>20</sup> Ausserdem ist es nicht zielgemäss unter Umständen der Disproportionen der Marktwirtschaftsführung die Radikalreformen durchzuführen und mit schneller Erneuerung der Wirtschaftsaktivität zu rechnen.

Wenn wir dazu noch eine zeitliche Verzögerung des Steuerradikalismus berücksichtigen, bei dem fiskalische Entscheidungen getroffen werden, ist es absolut offensichtlich, dass die Antikrisenregelung des Steuersystems zu einem Verschärfungsfaktor und zum Faktor der „Rezessionskonservierung“ wird.

Noch eine Gefahr bergen die partiellen Transformationen: fiskale Übergangsformen können im Laufe von vielen Jahren erhalten bleiben, da diese

<sup>19</sup> Diese wurden noch im Jahre 2006 erwähnt (Sokolovska A. Teoretische Grundlagen für Ermittlung der Steuerbelastung und des Besteuerungsgrades der Volkswirtschaft// Wirtschaft der Ukraine.-2006.-№7.-S.11-12)

<sup>20</sup> Balatskyy E. Stabilität des Fiskalsystems als Faktor für Wirtschaftswachstum// Gesellschaft und Wirtschaft.-2005.-№2.- S. 117-118.

häufig die Erzielung des wirtschaftlichen Gleichgewichts sicherstellen, was für manche Wirtschaftssubjekte günstig ist, aber nicht für die Gesellschaft im allgemeinen<sup>21</sup>. Zur Bestätigung dieses Gedankens kann man als Beispiel das Vorhandensein der vereinfachten Besteuerungsformen der Kleinunternehmen in der Ukraine anführen. Deswegen ist es notwendig bei der Verabschiedung der Änderungen zur steuerlichen Gesetzgebung ihre wirtschaftliche, soziale und fiskalische Folgen sowohl für eine kurze Zeitperiode als auch für die Perspektive zu berechnen. Diese Änderungen müssen sich auch organisch in das Steuersystem anpassen.

In allgemeiner Zusammenfassung müssen wir folgendes in Betracht ziehen. Die gegenwärtige Rezession fordert von der Ukraine, in erster Linie keine ausserordentlichen fiskalischen Massnahmen zu treffen wie beispielsweise eine umfangreiche Liberalisierung des Steuersystems, oder im Gegenteil, die Erhöhung des Umverteilungsniveaus des BIP. Aber das veranlasst zu solchen Sozial- und Steuerreformen, die hierzulande für Jahre gestundet waren. Unseres Ermessens ist es richtiger die globale Wirtschaftskrise keinesfalls als eine Pest zu betrachten, sondern einfach als Umstand, unter denen man erste Schritte macht, um stärker zu werden ohne das Potenzial des Wirtschaftswachstums für die Perspektive einzuschränken.

---

<sup>21</sup> Kuzminov J., Radayev V., Jakovlev A., Jasin E. Institute: vom Darlehen zum Züchten (Erfahrung russischer Reformen und Möglichkeiten für Kultivierung der institutionellen Änderungen)// Wirtschaftsfragen.-2005.-№5.-S.225.